



Welche Rechte habe ich als Opfer einer Straftat?

Niemand ist darauf vorbereitet, Opfer einer Straftat zu werden. Egal, ob es um einen Taschendiebstahl, eine schwere Körperverletzung oder eine andere Straftat geht: Man ist vielleicht durch die Straftat verletzt oder verstört und weiß danach oft nicht, was man machen soll. Dieses Merkblatt soll Ihnen einen ersten Überblick darüber geben, wo Sie in dieser Situation Hilfe finden und welche Rechte Sie haben.

Wer kann mir helfen?

Beratung und Hilfe bieten Opferhilfeeinrichtungen. In den Beratungsstellen arbeiten speziell ausgebildete Personen, die viel Erfahrung mit Menschen in Ihrer Situation haben, Ihnen zuhören und helfen wollen. Sie können Ihnen je nach Bedarf auch weitergehende Hilfe vermitteln, z. B. psychologische oder therapeutische Hilfe.

Einen Überblick, an wen Sie sich wenden können, finden Sie unter www.hilfe-info.de



Ansonsten kann Ihnen auch jede Polizeidienststelle oder eine Suche in der Online Datenbank für Betroffene von Straftaten (www.odabs.org) weiterhelfen.

Wie kann ich eine Straftat anzeigen und was passiert dann?

Wenn Sie eine Straftat anzeigen wollen, dann können Sie sich an jede Polizeidienststelle wenden. Sie können eine Strafanzeige auch bei der Staatsanwaltschaft erstatten. Wenn Sie eine Strafanzeige gestellt haben, können Sie diese nicht mehr einfach zurücknehmen, denn die Ermittlungsbehörden (Polizei und Staatsanwaltschaft) müssen grundsätzlich jede angezeigte Straftat ermitteln.

Nur bei einigen weniger schwerwiegenden Straftaten (wie z.B. bei Beleidigung oder Sachbeschädigung) kann das Opfer darüber bestimmen, ob die Straftat verfolgt wird.



Daher heißen diese Taten auch Antragsdelikte: Die Strafverfolgung findet in der Regel nur auf Antrag statt, also nur, wenn Sie als Opfer der Straftat dies ausdrücklich wünschen. Diesen Antrag müssen Sie *innerhalb von drei Monaten* stellen, nachdem Sie von der Tat und der Person der Täterin bzw. des Täters erfahren haben.

Was ist, wenn ich die deutsche Sprache nicht oder nur schwer verstehe?

Das macht nichts. Wenn Sie eine Anzeige erstatten wollen, wird man Ihnen helfen. Wenn Sie als Zeugin oder Zeuge vernommen werden, haben Sie einen Anspruch darauf, dass eine Dolmetscherin oder ein Dolmetscher hinzugezogen wird. Wenn Sie bestimmte Informationen möchten und nicht ausreichend deutsch verstehen, können Sie beantragen, eine Mitteilung in einer für Sie verständlichen Sprache zu erhalten.

Welche Informationen kann ich über das Strafverfahren erlangen?

Wenn Sie Opfer einer Straftat geworden sind, können Sie Informationen zum Verfahren und aus der Akte bekommen. Sagen Sie am besten gleich bei der Polizei, ob und welche Informationen Sie haben möchten. Folgende Informationen können Sie erhalten:

- Sie erhalten eine kurze schriftliche Bestätigung Ihrer Strafanzeige.
- Ihnen wird mitgeteilt, wenn die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt hat, d. h. nicht zur Anklage vor Gericht gebracht hat.
- Sie werden darüber informiert, wann und wo die gerichtliche Verhandlung stattfindet und was dem bzw. der Angeklagten vorgeworfen wird.
- Ihnen wird das Ergebnis des gerichtlichen Verfahrens mitgeteilt, d.h. ob es einen Freispruch oder eine Verurteilung gab oder ob das Verfahren eingestellt wurde.
- Sie erhalten Informationen darüber, ob der bzw. die beschuldigte oder verurteilte Person in Haft ist. Dazu gehört auch, dass Sie informiert werden, wenn diese z. B. Hafturlaub erhält oder aus der Haft geflohen ist.
- Ihnen wird mitgeteilt, ob dem bzw. der Verurteilten verboten ist, Kontakt mit Ihnen aufzunehmen.

Zusätzlich können Sie im Einzelfall beantragen, Auskünfte oder Kopien aus den Akten zu erhalten. Dies kann nach einem Verkehrsunfall beispielsweise eine Unfallskizze



sein, die Sie benötigen, um Schadensersatz oder Schmerzensgeld zu verlangen. Wenn Sie nicht nebenklageberechtigt sind (zur Nebenklage gleich weiter unten), müssen Sie den Antrag auch begründen, also erklären, warum Sie diese Informationen aus den Akten brauchen. Ausnahmen davon können im Einzelfall möglich sein.

Ihre Aussage als Zeugin oder Zeuge

Als Opfer einer Straftat sind Sie Zeugin oder Zeuge und deshalb für das Verfahren sehr wichtig. Die wichtigste Aufgabe einer Zeugin oder eines Zeugen besteht darin, vollständig und wahrheitsgemäß auszusagen. Sie helfen den Ermittlungsbehörden sehr, wenn Sie zu Ihrer Vernehmung Unterlagen mitbringen, über die Sie verfügen (z. B. ein Attest oder Fotos). In der Regel machen Sie Ihre Aussage bei der Polizei. In vielen Fällen müssen Sie später auch noch vor Gericht aussagen. Nur in Ausnahmefällen, z. B. wenn Sie mit der beschuldigten Person verheiratet oder nah verwandt sind, dürfen Sie eine Aussage verweigern, Sie müssen also nichts sagen.

Sie müssen aber bei Ihrer Vernehmung Ihren Namen und Ihre Adresse sagen. Es kann eine Ausnahme gemacht werden, wenn eine besondere Gefährdung vorliegt. Das kann z. B. der Fall sein, wenn Ihnen jemand Gewalt angedroht hat, weil Sie aussagen wollen. Dann müssen Sie Ihre private Anschrift nicht bekannt geben. Sie können stattdessen eine andere Anschrift mitteilen, über die Sie erreicht werden können. Das kann z. B. eine Opferhilfeeinrichtung sein, mit der Sie in Kontakt stehen. Wenn Sie vor Gericht aussagen und die beschuldigte bzw. angeklagte Person anwesend ist, werden Sie nicht nach Ihrer vollständigen Adresse, sondern nur nach Ihrem Wohnort gefragt. Liegt eine Gefährdung wie eben beschrieben vor, müssen Sie auch den Wohnort nicht angeben.

Als Zeugin oder Zeuge auszusagen, ist für Sie sicherlich eine Ausnahmesituation, die sehr belastend sein kann. Daher können Sie zu der Vernehmung auch jemanden mitbringen. Das kann eine Verwandte oder ein Verwandter sein oder auch eine Freundin oder ein Freund. Diese Person darf bei der Vernehmung dabei sein und nur in Ausnah-



mefällen ausgeschlossen werden. Natürlich können Sie sich auch durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt begleiten lassen. In besonderen Fällen kann Ihnen sogar für die Dauer der Vernehmung eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt auf Staatskosten zur Seite gestellt werden. Wenn Sie der Ansicht sind, dass Sie für eine Vernehmung, egal ob durch die Polizei, die Staatsanwaltschaft oder das Gericht, einen solchen Beistand benötigen, fragen Sie vor Ihrer Vernehmung bei der Person nach, die die Vernehmung durchführt!

Psychosoziale Prozessbegleitung

Seit 2017 gibt es bundesweit die Möglichkeit, in bestimmten Fällen während des gesamten Strafverfahrens professionell begleitet und betreut zu werden (sog. psychosoziale Prozessbegleitung). Besonders Kinder und Jugendliche, die Opfer von Gewalt- oder Sexualstraftaten geworden sind, haben einen solchen Anspruch. Aber auch erwachsene Opfer schwerer Gewalt- oder Sexualverbrechen können eine solche Betreuung benötigen und erhalten. Die psychosoziale Prozessbegleitung ist, wenn sie vom Gericht bestätigt worden ist, für die Opfer kostenlos. In allen anderen Fällen können Sie auf eigene Kosten eine psychosoziale Prozessbegleitung in Anspruch nehmen. Scheuen Sie sich nicht, bei der Polizei oder einer Opferhilfeeinrichtung nachzufragen. Diese können Ihnen weitere Informationen geben.

Im Internet können Sie ebenfalls viele Informationen zur psychosozialen Prozessbegleitung unter → <https://www.hilfe-info.de> finden.



Kann ich mich dem Strafverfahren als Nebenklägerin bzw. Nebenkläger anschließen?

Wenn Sie Opfer bestimmter Straftaten geworden sind, können Sie im Verfahren als Nebenklägerin oder Nebenkläger auftreten. Dazu gehören z. B. Vergewaltigung, sexueller Missbrauch, versuchte Tötung oder eine Tat, die zur Tötung einer oder eines nahen Angehörigen geführt hat. In einem solchen Fall haben Sie besondere Rechte, z. B.



kann Ihre Rechtsanwältin oder Ihr Rechtsanwalt für Sie ohne besondere Begründung Einsicht in die Strafakten erhalten und zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens Anträge stellen. Ferner können Sie, anders als die anderen Zeuginnen oder Zeugen, grundsätzlich immer an der Gerichtsverhandlung teilnehmen.

Wer bezahlt meine Rechtsanwältin oder meinen Rechtsanwalt?

Wenn Sie anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen, können Ihnen Kosten entstehen. Wird der bzw. die Angeklagte verurteilt, muss er bzw. sie Ihre Rechtsanwaltskosten übernehmen. Allerdings sind nicht alle Verurteilten auch in der Lage, die Kosten tatsächlich zu bezahlen. Daher kann es vorkommen, dass Sie die Kosten selbst tragen müssen.

In besonderen Ausnahmefällen können Sie beim Gericht beantragen, eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt auf Staatskosten zu bekommen. Das ist z. B. bei schweren Gewalt- oder Sexualstraftaten so oder wenn nahe Verwandte, z. B. Kinder, Eltern oder die Ehepartnerin bzw. der Ehepartner durch eine Straftat ums Leben gekommen sind. In diesem Fall kommt es nicht darauf an, ob Sie Vermögen haben oder nicht.

Auch in anderen Fällen können Sie bei Gericht für anwaltliche Beratung finanzielle Hilfe beantragen. Das kann der Fall sein, wenn Sie ein zu geringes Einkommen haben und berechtigt sind, sich dem Verfahren als Nebenklägerin bzw. Nebenkläger anzuschließen.

Schadensersatz und Schmerzensgeld

Sie haben durch eine Straftat auch einen Schaden erlitten oder möchten Schmerzensgeld erhalten? Sie möchten diesen Anspruch gleich im Strafverfahren geltend machen? Das ist in der Regel möglich (sog. Adhäsionsverfahren). Dazu müssen Sie aber einen Antrag stellen. Wenn Sie Ansprüche geltend machen wollen, teilen Sie dies frühzeitig mit, am besten schon bei Ihrer Anzeige.



Natürlich steht Ihnen auch der Weg offen, Schadensersatz oder Schmerzensgeldansprüche in einem anderen Verfahren, d.h. nicht vor dem Strafgericht, sondern vor dem Zivilgericht, geltend zu machen. In beiden Fällen können Sie bei Gericht finanzielle Hilfe für anwaltliche Beratung beantragen, wenn Sie ein zu geringes Einkommen haben.

Welche Rechte habe ich sonst noch?

Sie haben durch eine Gewalttat gesundheitliche Schäden erlitten? Dann können Sie über das Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch – Soziale Entschädigung – (SGB XIV) staatliche Leistungen erhalten, etwa wenn es um ärztliche oder psychotherapeutische Behandlungen, Versorgung mit Hilfsmitteln (z. B. Gehhilfe, Rollstuhl) oder Rentenleistungen (z. B. zum Ausgleich von Einkommensverlusten) geht. Sie können bei Ihrer Anzeige die Polizei dazu fragen. Diese kann Sie an die zuständige Behörde vermitteln.

Ohne vorherige Antragstellung können Sie sich an eine Traumaambulanz wenden, um bei akutem Bedarf schnell und unkompliziert psychotherapeutische Unterstützung zu erhalten.



Wenn Sie ein Opfer einer terroristischen oder extremistischen Tat sind, können Sie finanzielle Hilfen beim Bundesamt für Justiz beantragen. Dort erfahren Sie alles zu den Voraussetzungen und zum Verfahren:

<https://www.bundesjustizamt.de>

(Suchwort: Härteleistungen/Unterstützungsleistungen)



Als Opfer häuslicher Gewalt stehen Ihnen unter Umständen weitere Rechte nach dem Gewaltschutzgesetz zu. Beispielsweise können Sie beim Amtsgericht (Familiengericht) beantragen, dass dem Täter bzw. der Täterin verboten wird, mit Ihnen Kontakt aufzunehmen. Das Gericht kann Ihnen unter besonderen Umständen erlauben, dass Sie eine bisher gemeinsam mit dem Täter bzw. der Täterin bewohnte Wohnung nun allein nutzen dürfen. Die erforderlichen Anträge können Sie entweder schriftlich beim Amtsgericht



einreichen oder Ihre Anträge dort vor Ort aufnehmen lassen. Sie müssen sich nicht durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt vertreten lassen.

Es können möglicherweise auch Ansprüche gegenüber der gesetzlichen Unfallversicherung bestehen. Dies kann der Fall sein, wenn Sie z. B. Ihrer beruflichen Tätigkeit nachgegangen sind, mit einer Schulklasse oder einer universitären Seminargruppe unterwegs waren oder anderen Personen in Unglücksfällen oder Not helfen wollten und dabei verletzt worden sind. Eine Übersicht über die Unfallkassen und die Berufsgenossenschaften finden Sie auf der Website der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung unter → www.dguv.de (→ Versicherung → Zuständigkeit).

Was ist ein Täter-Opfer-Ausgleich?

Der Täter-Opfer-Ausgleich soll unter anderem dem Opfer einer Straftat dabei helfen, das erlittene Unrecht zu bewältigen. Anders als im normalen Strafverfahren muss sich ein Täter bzw. eine Täterin ganz konkret und direkt damit auseinandersetzen, welche Schäden und Verletzungen seine bzw. ihre Tat beim Opfer angerichtet hat. Das kann den materiellen Schaden betreffen, den ein Opfer durch eine Straftat erlitten hat, oder seelische Verletzungen, persönliche Kränkungen und durch die Tat hervorgerufene Ängste. Das Gespräch findet in der Regel unter Mitwirkung einer geschulten Vermittlungsperson statt, auf Wunsch aber auch ohne eine persönliche Begegnung und nur über die Vermittlungsperson.

Ein Täter-Opfer-Ausgleich wird jedoch nie gegen den Willen des Opfers durchgeführt und auch nur dann, wenn der Täter bzw. die Täterin ernsthaft gewillt ist, die Verantwortung für die Tat zu übernehmen. In geeigneten Fällen kann ein Täter-Opfer-Ausgleich der selbstbestimmten Konfliktbewältigung des Opfers und der Wiederherstellung des Rechtsfriedens dienen. Oft wird dieses Verfahren daher schon von der Staatsanwaltschaft oder der Polizei angeregt. Es gehört jedoch nicht zum eigentlichen Strafverfahren und wird außerhalb des Strafverfahrens durchgeführt. Dafür gibt es besondere Stellen und Einrichtungen, die geschulte Vermittlerinnen und Vermittler einsetzen.



Weitere Informationen zum Täter-Opfer-Ausgleich und zu Einrichtungen, die ihn in Ihrer Nähe durchführen, finden Sie im Internet zum Beispiel unter

<http://www.toa-servicebuero.de/konfliktschlichter>



oder auch unter <http://www.bag-toa.de/>.





Broschüren und weiterführende Links

Informationen rund um den Opferschutz finden Sie auf www.hilfe-info.de.

Weitere hilfreiche Informationen finden Sie in u. a. folgenden Broschüren:

- [Opferfibel](#)
- [Ich habe Rechte](#)
- [Mehr Schutz bei häuslicher Gewalt](#)
- *Beratungs- oder Prozesskostenhilfe*

alle unter <https://www.bmj.de/Publikationen>

- *Hilfe für Opfer von Gewalttaten*

unter <https://www.bmas.de/opferentschaedigung>

(unter [BMJ - Service](#))

Publikationsbestellung

Internet: www.bmj.de

Per Post: Publikationsversand der Bundesregierung,

Postfach 48 10 09, 18132 Rostock

Telefon: 030 18-272721

Fax: 030 18-102722721



Jeder kann Opfer einer Straftat werden und Unterstützung benötigen. Bitte zögern Sie daher nicht und suchen Sie sich Hilfe und Rat in den nachfolgenden Angeboten.

Polizeilicher Opferschutz

Bei der Polizeilichen Opferberatung erhalten Opfer, Zeugen und Angehörige nach Straftaten, Verkehrs- und Unglücksfällen Beratung und Unterstützung. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.polizei.rlp.de/Opferschutz.

Polizeipräsidium Koblenz

Tel: 0261 103-2874, E-Mail:

opferschutz.ppkoblenz@polizei.rlp.de

Polizeipräsidium Mainz

Tel. 06131 65-3388, E-Mail:

opferschutz.ppmainz@polizei.rlp.de

Polizeipräsidium Westpfalz, Kaiserslautern

Tel.: 0631 369-1405, E-Mail:

opferschutz.ppwestpfalz@polizei.rlp.de

Polizeipräsidium Rheinpfalz, Ludwigshafen

Tel.: 0621 963-1154, E-Mail:

opferschutz.pprheinpfalz@polizei.rlp.de

Polizeipräsidium Trier

Tel.: 0651 201575-65, E-Mail:

opferschutz.pptrier@polizei.rlp.de

Unterstützungsangebote der Justiz

Das Justizministerium stellt auf der Internetseite <https://jm.rlp.de/de/themen/opferschutz/> verschiedene Informationen für Verletzte von Straftaten zur Verfügung, u.a.

- [Stiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz](#)
- [Psychosoziale Prozessbegleitung](#)
- [Zeugenkontaktstellen bei den Gerichten](#)
- [Adhäsionsverfahren](#)
- [Täter-Opfer-Ausgleich](#)



Weitere Hilfsorganisationen

Die Internetseite www.opferschutz.rlp.de

der Landesregierung gibt einen Überblick über eine Vielzahl von Hilfseinrichtungen und Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz. Sie enthält u. a. Notfallnummern, Unterstützungsangebote und Hinweise, wo Verletzte einer Straftat menschliche und finanzielle Unterstützung erhalten können.

Unterstützung können Sie auch erhalten bei

- Hilfetelefon des WEISSER RING e.V. für Opfer von Straftaten
Tel. 116 006, www.weisser-ring.de
- Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen
Tel. 116 016, www.hilfetelefon.de
- Unfallkasse Rheinland-Pfalz für geschädigte Erst- und Nothelfende
Tel: 02632 960-0, www.ukrlp.de
- Beratungsstelle gegen Hass und Gewalt im Netz in Rheinland-Pfalz – SoliNet
Tel: 0261 57013337,
Mail: solinet@mpower-rlp.de www.solinet-rlp.de/
- Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – m*power
Tel: 0151 10594799 | 0261 55001140 | 0261 55001141
Mail: kontakt@mpower-rlp.de www.mpower-rlp.de